V-01-149 Neues Wettrüsten verhindern - Abrüstung und Rüstungskontrolle vorantreiben

Antragsteller*in: Manuel Sarrazin (KV Harburg Stadt)

Änderungsantrag zu V-01

Von Zeile 149 bis 151:
~~Es bleibt richtig~~ Wir würden gerne sagen: langfristige Sicherheit in Europa ~~wird nach unserer Überzeugung nur~~kann es eher mit und nicht gegen Russland ~~verwirklicht werden können~~geben. Wir stellen aber fest: Mit der derzeitigen Politik des Kreml im Ausland und Inland wird unsere Nachbarschaft in Zukunft eher unsicherer und instabiler werden. Die Regierung Putin ist oft kein Partner, sondern ein Gefährder der Sicherheit in Europa. Sicherheit in Europa wird es langfristig und dauerhaft wohl nur geben können, wenn sich die russische Politik verändert. Die Achtung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten sowie die Einhaltung völkerrechtlicher Verträge bleibt Voraussetzung für dauerhaften Frieden und Stabilität in Europa. Das haben wir gemeinsam in der OSZE beschlossen. Es geht nicht nur um Sicherheitsverabredungen zwischen Staaten, sondern um ein umfassendes Verständnis von Sicherheit.

Nach Zeile 153 einfügen:

Begründung

Aktuell ist Russland kein Garant, sondern eine gefährdung für Sicherheit und Stabilität in Osteuropa. Es ist verhandlungstaktisch unklug einem so schwierigen Partner dieses Testat auszustellen. Außerdem erweckt es den Eindruck, man würde nicht Klartext über Russlands Interessen und Handlungen reden. Das kann man besser formulieren!

Weitere Antragsteller*innen

Tom Koenigs; Rebecca Harms; Dieter Janecek; Anja Hajduk; Helga Trüpel; Andrea Lindlohr; Andreas Umland; Reiner Daams; Reinhard Bütikofer; Stephan Heymann; Stephan Bischoff; Marcel Ernst; Lino Klevesath; Michael Merkel; Moritz Jungeboldt; Peter Schwanewilms; Rolf Lange; Dennis Helmich; Andreas Eberhard Bühler (KV Karlsruhe)